

Norbert Schneider

ARD und Co.: Raus aus der Wagenburg!

Wer sich heute für die Zukunft wappnen will, muss sich, neudeutsch gesprochen, „positionieren“. Er muss sich „neu aufstellen“ und irgendwie auch „neu erfinden“. Gemeint ist damit eine Banalität: Er braucht ein positives Image.

Über ein solches hat das öffentlich-rechtliche Fernsehen nie so richtig verfügt. Schon früh machte das abschätzigste Wort von der „Glotze“ Karriere. Josef Weizenbaum sprach von der „größten kulturellen Katastrophe“, Hans Magnus Enzensberger vom „Nullmedium“, und Peter Weibel sah einen „Napf, in den jeder seinen Abfall spuckt“. Ergänzt man dies um die polemischen Begriffe, die sich notorische TV-Kritiker derzeit ausdenken, wie „Zwangsgelöbte“ oder „Staatsfunk“, dann gibt es durchaus triftige Gründe für das Bemühen um ein besseres Image.

Also suchte der MDR für die ARD guten Rat bei der Linguistin Elisabeth Wehling. Sie erstellte, dem Gedanken folgend, dass Sprache das Bewusstsein prägt, ein „Framing Manual“ für die Mitarbeiter. Doch das ging gründlich schief. Wehling fragte nicht nach den guten oder schlechten Gründen für das negativ konnotierte Vokabular, sondern sortierte stattdessen die Welt der Wörter – und jene, die sie benutzen – manichäisch in Gut und Böse. Gegen die Kampfbegriffe der Kritiker setzte sie groteske Euphemismen für die Besteller (und umgekehrt). Das Resultat ist ein sprachpolizeiliches Glossar, über das sich nach dessen verspätetem Bekanntwerden Hohn und Spott der gesamten Branche ergossen haben. In der ARD dürfte dieses Desaster die Position derer stärken, die schon immer

wussten, dass es besser ist, unter sich zu bleiben. Doch auch hier gilt: *Abusus non tollit usum* – Missbrauch hebt den (rechten) Gebrauch nicht auf. Der gute Ratschlag von außen ist durch dieses Manual nicht verbrannt. Besser wäre es freilich, sich künftig weniger um Imageprobleme zu kümmern als um die viel wichtigere Frage, weshalb sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk, was seine Struktur und seine Programme angeht, derzeit nicht auf der Höhe seiner Möglichkeiten befindet.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Leitmedium

Ein derart unvollkommener Zustand ist prekär, weil dieser Rundfunk seit Jahrzehnten zu den gesellschaftsprägenden Institutionen gehört, politisch wie kulturell. Seine Schwäche hat demnach Folgen. Da eine Alternative nicht in Sicht ist, muss man für seine Verbesserung etwas tun. Denn diese Gesellschaft braucht auch künftig einen Rundfunk, der nicht nur ein Fenster zur Welt ist, als ein Freizeitmedium, das Menschen unterhalten kann, sondern auch als einen „ehernen Felsen“ in einer digitalen Welt, als eine der maßgeblichen Quellen für eine kritische Öffentlichkeit, als den großen Erzähler in seinen fiktionalen Programmen, als Agentur der Integration und als Ort für Diversität – als das Leitmedium eben, dem die Menschen vertrauen.

In keiner Phase in der deutschen Rundfunkgeschichte war der öffentlich-rechtliche Rundfunk, gewiss auch als Folge von rüden politischen Attacken, nicht von Imagesorgen und Existenzängsten geplagt. Das hat ihn gegen

Kritik von außen empfindlich gemacht. Vor allem durch eine kritische Presse fühlten sich die Skeptiker immer wieder in ihrer Sorge um eine gedeihliche Zukunft bestätigt. Dabei kann ein Massenmedium wie das Fernsehen, das es vielen Menschen gleichzeitig recht machen muss, diesem Anspruch zu keiner Zeit gerecht werden. Sein Angebot provoziert jederzeit Kritik, ein Schicksal, das das Fernsehen mit den politischen Parteien, den Kirchen oder der Bahn teilt. Denn auch für das Fernsehen gilt: Irgendein Zug kommt immer zu spät.

Der Kampf gegen die Privaten

Ein besonderer Schub für Zukunftsängste brachte Mitte der 1980er Jahre die Zulassung des Privatfunks in der Bundesrepublik. Zwar wurden die Neuen mit einem schmalen Lächeln begrüßt. Tatsächlich aber empfand man ihre Existenz als schwere Kränkung. Sie verstärkte das Gefühl, außer dem Bundesverfassungsgericht keine besten Freunde mehr zu haben und weitgehend auf sich allein gestellt zu sein.



© jock-scott / photocase.de

Wohnopoly: Die große Verdrängung

Das Dossier auf www.blaetter.de:
12 »Blätter«-Beiträge für 6 Euro

Trotzig bestand man darauf, nur selbst seine Probleme angemessen beurteilen zu können, ein Kommunikationsverhalten, das auf Außenstehende arrogant wirken musste, was wiederum einen Faktor für das schlechte Image des Senderverbundes bildete.

Obendrein wählten die Anstalten dann auch noch die falsche Strategie: Um durch den Privatfunk stimulierte Zukunftsängste zu überwinden, betonte man nicht etwa den Unterschied, sondern begab sich in einen Wettbewerb um jenes Programmziel, das eigentlich nur den werbefinanzierten Privatfunk kennzeichnet: die Quote. Die Verfechter dieser Wende sahen sich nicht zuletzt gerechtfertigt durch den Begriff des „dualen Systems“ – ein Begriff, der suggeriert, dass man es mit zwei sehr ähnlichen Arten von Rundfunk zu tun habe. Dabei dient das eine der Gesellschaft und ihrer Öffentlichkeit, das andere wiederum den Gesellschaften und ihrem Profit. Dessen ungeachtet wurde die Quote systemübergreifend zum Programmdirektor gemacht.

Diesen Irrweg, der das Programm nach und nach dehydriert hat, verließ der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch dann nicht, als sich zeigte, dass der Privatfunk bei den Quoten schwächelte. Wann immer gezählt wird, liegt der öffentlich-rechtliche Rundfunk vor den Privaten. Doch noch immer verkündet jener am nächsten Morgen die Sieger des vergangenen Abends, obwohl es gar keine Gegner mehr gibt, die besiegt werden könnten. Die Einzigen, die um eine hohe Quote tatsächlich kämpfen müssen und dabei alles verlieren können, sind die freien Produzenten, für die eine hohe Quote die nächste Produktion und damit tatsächlich Zukunft bedeutet.

Die Melange aus Zukunftsangst und Quotenfixierung hat dazu geführt, dass Routine und Risikoarmut im Öffentlich-Rechtlichen die Regie übernommen haben. Konkurrenzfähige Projekte wie die TV-Serie „Babylon Ber-

lin“ – ein Produkt, das freilich um vieles teurer ist, als es Fiktion bisher sein durfte, und für das Gebührenmittel allein nicht ausreichen – sind selten geworden. Zugleich lässt der öffentlich-rechtliche Rundfunk selbst seine Liebhaber nicht erkennen, wohin die Reise gehen soll. Von außen erscheint er unbeweglich, ganz so, als befasse sich diese Institution nicht mehr mit ihrer Kernkompetenz, der Produktion des bestmöglichen Programms, sondern messe sich an anderen Medien oder reibe sich in allerlei Händeln mit den Konkurrenten von gestern auf.

Nur wenig ist von Reformen zu sehen. Man erfährt nichts von systemrelevanten Konsequenzen aus dem Umstand, dass das digitale Kommunizieren völlig neue Verhältnisse mit völlig neuen Wirkungen und einigen sehr unangenehmen Nebenwirkungen hervorgebracht hat. Es gibt zwar interessante Einzelvorhaben – etwa den neuen digitalen Kulturraum im ZDF –, aber keine Konzeption, welchen Sitz im Leben ein Massenmedium im Kontext von massenhaft kommunizierenden Individuen künftig haben soll.

Herausforderungen in digitaler Zeit

Versteht man die gegenwärtige Phase der Digitalisierung als eine Art „Sattelzeit“ der Mediengeschichte (Reinhart Koselleck), dann wäre dies die Zeit für Neuigkeiten. Jetzt, wo sich Veränderungen zwar abzeichnen, aber noch nicht zu Fakten geronnen sind, ist die Gelegenheit gekommen, an einer Auffrischung und Aktualisierung der Programmziele zu arbeiten, bei denen das Bemühen um Qualität nicht vom Willen zur Quantität marginalisiert wird. Es wäre die Zeit, sich zu öffnen. Es wäre die Zeit, mit Freunden und Gegnern in aller Öffentlichkeit darüber zu diskutieren, was zu tun wäre, um *Fakenews* aus der freien Öffentlichkeit zu verdrängen, um eine Öffentlichkeit herzustellen, in der sich das Richtige

vom Falschen klar unterscheiden lässt, eine Öffentlichkeit, in der man sich nicht belügen darf, sondern belegen muss, was man behauptet.

Wer, wenn nicht ein funktionsfähiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sollte sich um dieses überaus drängende Problem kümmern, das längst zu einer Überlebensfrage der westlichen Demokratien geworden ist? Die Digitalisierung nötigt ein Leitmedium wie das Massenmedium Fernsehen, für sein Publikum aus dem Wust von wichtigen und wichtigen Informationen jene herauszufiltern, die tatsächlich Relevanz besitzen. Allerdings wäre es dazu freilich unumgänglich, sich darüber zu verständigen, was relevant ist. Was geschieht – strukturell und personell –, um diesem Ziel näher zu kommen? Wann wird die Grenze zwischen Journalisten und ihrem wichtigsten Objekt, der Politik, wieder hochgezogen? Wie wird einer eitlen Personalisierung, dem Ehrgeiz Einzelner, möglichst medienprominent zu sein, Einhalt geboten?

An der Zeit wäre es auch, sich – öffentlich bemerkbar – mit der Frage zu befassen, in welchem Umfang sich ein *Public Broadcaster* fiktionale Inhalte auch zukünftig leisten muss oder überhaupt kann, wenn die Budgets bei Amazon oder Netflix unüberbietbar viel höher sind und damit auch die Qualität ihrer Produkte. Noch erhalten die jungen Streamingdienste nur in Ausnahmefällen Auszeichnungen, etwa wenn es um Grimme-Preise geht, weil sie auf manche Juroren wie parasitäre Wilddiebe wirken. Aber was, wenn diese Neulinge die großen Schauspieler, die exzellenten Autoren und Kameraleute sowie die dialogsicheren Drehbuchautoren in Scharen vom Markt wegkaufen und die alten Produzenten dann tatsächlich alt aussehen lassen?

Fest steht: Geld allein wird es nicht richten. Es ist nicht die Zeit, den Rundfunkbeitrag zu erhöhen. Die jährlich gut acht Mrd. Euro an eingenommenen Rundfunkgebühren sollten dem Öff-

fentlich-Rechtlichen ausreichen. Stattdessen wäre es denkbar, sich von teuren Angewohnheiten zu verabschieden: Müssen sich Redakteure für alles und jedes einen Experten von „draußen“ holen? Zerbröseln in den Talkshows nicht längst das Ritual und die Eitelkeit der Teilnehmer deren Inhalt? Und wohin führt es, wenn die meisten Mitarbeiter eines Senders ihr komplettes Berufsleben in diesem verbringen, wenn es nur noch „Hausberufungen“ gibt und Seiteneinsteiger nicht mehr gesucht werden, es sei denn, es wären IT-Experten aus der ersten Reihe?

Auch die Professionalisierung der ehrenamtlichen Rundfunkaufsicht, die nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet wurde, wäre anzugehen. Medien kann man nur kontrollieren, wenn man genug über sie weiß, wenn man mehr als nur eine Ahnung von technologischen, rechtlichen und ästhetischen Entwicklungen hat. Wie aber will man obendrein Anstalten – deren Organ man überdies auch noch ist – kontrollieren, wenn man von deren Kompetenz und Expertise abhängig ist?

Der Kampf um die Pressefreiheit

Hinzu kommt, dass das Fernsehen in einer digital bestimmten Welt nicht allein von Fernsehexperten analysiert werden kann. Mit Bordmitteln allein wird man den gegenwärtigen komplexen Herausforderungen des Fernsehens nicht gerecht werden. Dazu braucht es auch den Blick von außen. Noch ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in jeder Hinsicht stabil genug, um sich diesen Blick leisten zu können, ohne sich im Dickicht der Beraterinnen und Berater zu verirren. Auch wenn man dabei – wie mit dem Framing Manual – einmal abstürzt.

Ein öffentlich geführter Meinungsaustausch über Reformen setzt voraus, dass es mit der Apologetik aus der öffentlich-rechtlichen Wagenburg ein Ende hat. Für ein Leitmedium, also für

„diejenige Publikationsform, die von einer überwiegenden Zahl der Nutzer angewählt wird, wenn ein Ernstfall eintritt“ (Alexander Kluge), wäre es fatal und am Ende letal, wenn die Verantwortlichen sich abhängig machen von ihren Ängsten. Bei weitem nicht jede Kritik ist ein Fall von Rundfunk-Bashing im Sinne jener Reflexpublizistik, die ungeprüft alles in Grund und Boden schreibt. Diese gab und gibt es zwar, sie war und ist aber nicht das Maß aller Dinge.

Die Verantwortlichen sollten es daher nicht an Selbstvertrauen mangeln lassen. Noch immer bewegt sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk hierzulande trotz etlicher Schwächen auf einem Niveau, das man anderswo schwer finden wird, das man nicht neu aufsetzen, sondern nur pflegen muss.

Es genügt ein genauer Blick auf den täglichen Output, um zu erkennen, dass es noch immer kein besseres Modell für Rundfunk als einer gesellschaftlichen Institution gibt als den unseren. Unter den zahllosen Sendungen findet sich noch immer genug, was man für knapp 20 Euro andernorts kaum kaufen könnte.

Zugleich aber ist die Rundfunkfreiheit kein unveränderbares Gratisgeschenk des Weltgeistes an einen Kreis von Auserwählten, sondern eine Bedingung für die Möglichkeit einer lebensfähigen demokratischen Gesellschaft. Und das heißt: Man muss für sie kämpfen. Und wer kämpft, muss auch verlieren können. Das wird er ertragen, solange er weiß, wofür er kämpft.

Das Ziel dieses Kampfes ist so alt wie der Kampf selbst. George Mason hat es im Jahr 1776 im Artikel 12 der *Virginia Declaration of Rights* benannt, ganz so, als hätte er geahnt, was 250 Jahre später auch in seinem Land droht: „Die Pressefreiheit ist eines der größten Bollwerke der Freiheit und kann nur von despotischen Regierungen eingeschränkt werden.“ Diese Freiheit zu verteidigen, ist nicht zuletzt Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.